

**Begutachtungs-Entwurf (Stand 30.März 2012)
einer Verordnung des Vorstandes der E-Control zu
Regelungen zum Gas-Marktmodell**

Die im Rahmen des aktuellen Marktregelprozesses durch E-Control bereitgestellte Version des o.g. Entwurfs einer Verordnung entsprechend des Gaswirtschaftsgesetzes (GWG 2011) wurde von der Task Force Central and Eastern Europe Gas der EFET zur Kenntnis genommen.

Wie bereits in unseren vorangegangenen Stellungnahmen dargelegt, sollte das umfassende Ziel der neuen Marktregeln sein, allen Marktteilnehmern einen effektiven Marktzugang zum österreichischen Gasmarkt zu ermöglichen. Ihnen die Chance zu geben, Gas von außerhalb Österreichs herein zu bringen, und insbesondere sicher zu stellen, an einem einzigen liquiden Hub zu handeln. Das neue Regime sollte es ebenso ermöglichen, Exporte aus Österreich heraus in andere Märkte zu tätigen.

Dazu gehört aus Sicht eines Händlerverbandes grundsätzlich die Bemerkung, dass wir stets marktbasierte Lösungen bevorzugen, die den wahren Wert einer Ware oder Dienstleistung ermitteln. Sofern es sich dabei, wie z.B. primäre Leitungskapazität um eine Dienstleistung handelt, die von regulierten Monopol-Unternehmen erbracht wird, ist sehr wohl eine starke regulatorische Aufsicht erforderlich. Der Handel von sekundärer Kapazität dagegen sollte von nicht notwendigen Beschränkungen frei bleiben. Jede Beschränkung in der Handelbarkeit von Sekundärkapazität, wie auch im jetzigen Entwurf noch vorgesehen in der Form der Ausschließlichkeit der Nutzung der Sekundär-Plattform und der Begrenzung des Entgelts für angebotene Kapazität auf das ursprünglich für die entsprechende Primärkapazität an den Fernleitungsnetzbetreiber bezahlte Entgelt, hatten wir schon früher bemängelt und um Abänderung gebeten, da der wahre Wert der Dienstleistung so nicht ermittelt werden kann.

Ebenfalls hatten wir schon zuvor dargelegt, dass wir ganz besonderen Wert darauf legen, dass nur ein einziger Handelspunkt und nur eine einzige Bilanzierungszone in Österreich eingeführt werden, damit die Liquidität hier maximiert werden kann. Auch wenn es dem Wortlaut des GWG 2011 entspräche, darf es nicht zu einer Trennung in Großhandels- und Vertriebsstufe kommen, da damit Engpässe geschaffen würden und die künstliche Trennung von Transit und inner-österreichischem Markt aufrechterhalten würde. Zumindest ist ein Netting-Möglichkeit zwischen den Bilanzierungsebenen einzurichten, damit nicht eine Bilanzgruppe in der einen Ebene für eine Imbalance pönalisiert wird, während sie gleichzeitig in der anderen Ebene in entgegengesetzter Richtung einen Bilanzausgleich zu zahlen hat. Im übrigen gibt es für uns keine nachvollziehbaren Gründe für das vorgesehene Marktdesign, da es gute Beispiele in Europa gibt, wo ein einheitliches Bilanzierungssystem implementiert wurde mit vergleichbaren Transitmengen aber deutlich komplexeren Strukturen.

Gerade im Zusammenhang mit dem von den Entwürfen zu den Framework Guidelines Balancing, die ein tägliches cash-out von Differenzmengen vorsehen, abweichenden Vorschlägen eines sofortigen Zwangsausgleichs über die Börse sehen wir hinsichtlich der Trennung der Bilanzierung in verschiedene Ebenen ein gravierendes Problem. Selbstverständlich ist damit für den Marktgebietsverantwortlichen mit einer Abwicklung von Differenzmengen über die Börse namens und in Rechnung des Bilanzgruppenverantwortlichen ein massives Liquiditätsproblem, wie es im benachbarten deutschen System wiederholt beobachtet werden musste, verhindert. Allerdings führt es damit die Nutzung einer Merit-Order-List ad absurdum, wenn ohnehin automatisch über die Börse ausgeglichen würde.

Auch für einen Lieferanten, der den Ausgleich von Differenzen zwischen dem tatsächlichen Verbrauch und den Lastprofilen seiner Kunden, der dann ja auf der Vertriebsstufe erfolgen würde, eine absichtliche Fehlstellung auf der Großhandelsebene eingeht, würde schon bevor seine Gasmengen die Verteilebene erreichen glattgestellt. Solange die Liquidität am virtuellen Handelsplatz noch gering ist, muss zumindest durch eine Preisober-/untergrenze verhindert werden, dass der Zwangsausgleich zu unrealistischen Werten durchgeführt wird. Von daher lehnen wir das vorgeschlagene System des Zwangsausgleiches als ein nicht marktgerechtes System ab.

Bezüglich der Einrichtung des virtuellen Handelsplatzes unterstützen wir, wie an anderer Stelle diskutiert, angesichts des Timings der Veröffentlichung der Bedingungen bei der Umstellung auf das Entry-/Exit Konzept mit virtuellem Handelsplatz nach wie vor eine Übergangslösung.

Im Übrigen verweisen wir auf die zuvor in den Stellungnahmen gemachten Anmerkungen und Änderungswünsche, die wir weiterhin für notwendig erachten.

